



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier AfD**
vom 01.07.2025

Bewertung des Kampfes gegen angebliche „Desinformationen“ und des Wahrheitsgehaltes zuvor als „Desinformation“ bezeichneter Aussagen

Diese Anfrage zielt darauf ab, zu klären, ob die Staatsregierung im Rahmen der sogenannten Bayern-Allianz gegen Desinformation weiterhin bestimmte Sachverhalte als „Desinformation“ einstuft. Hier besteht aus unserer Sicht Klärungsbedarf, da es offenbar ein grundsätzliches Problem damit gibt, wie und anhand welcher Kriterien der Begriff „Desinformation“ verwendet wird. In der öffentlichen Berichterstattung wurde über längere Zeit ein entsprechender Eindruck vermittelt, die in der Anfrage genannten Sachverhalte seien angeblich „Desinformationen“, den wir nun gerne durch die Staatsregierung überprüft sehen würden.

Die Staatsregierung wird gefragt:

- 1.1 Wie bewertet die Staatsregierung bzw. der Staatsminister für Digitales Dr. Fabian Mehring die Tatsache, dass die Laborthese zu COVID-19 mittlerweile vom Bundesnachrichtendienst (BND) bestätigt wurde, angesichts ihrer eigenen Haltung zur Herkunft des Virus? 3
- 1.2 Welche Maßnahmen zieht die Staatsregierung daraus für die zukünftige Beurteilung sogenannter „Desinformationen“ und „Verschwörungstheorien“? 3
- 1.3 Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass künftige Warnungen vor „Desinformationen“ nicht auf falschen oder unvollständigen Informationen beruhen? 3
- 2.1 Wie bewertet die Staatsregierung die Aussage des Bundesministeriums für Gesundheit vom 14.03.2020, es werde keine „massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens“ geben, angesichts des tatsächlichen Verlaufs insbesondere ihrer eigenen Politik im Umgang mit COVID-19? 3
- 2.2 Inwiefern sieht die Staatsregierung Fehler oder Fehleinschätzungen in der damaligen Kommunikation gegenüber der Bevölkerung? 3
- 2.3 Welche Lehren zieht die Staatsregierung daraus für künftige Krisenkommunikation? 3

3.1	Wie erklärt die Staatsregierung die öffentliche Zusicherung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor dem 23.02.2025, keine Lockerung der Schuldenbremse zu unterstützen, im Widerspruch zu späteren Maßnahmen?	3
3.2	Welche Auswirkungen hat diese Zusicherung auf das Vertrauen der Bürger in die Staatsregierung?	3
3.3	Wie plant die Staatsregierung, das Vertrauen der Bevölkerung in wirtschaftspolitische Aussagen wiederherzustellen?	3
4.1	Warum hat das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie am 27.02.2021 schriftlich und öffentlich erklärt, dass kein allgemeines Rückmeldeverfahren zu den Coronasoforthilfen durchgeführt werde?	3
4.2	Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus der späteren Notwendigkeit eines solchen Rückmeldeverfahrens?	4
4.3	Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass solche Aussagen in Zukunft überprüfbar und verbindlich sind?	4
5.1	Wie bewertet die Staatsregierung die Bestätigung der Europäischen Arzneimittel-Agentur vom 18.10.2023, dass die COVID-19-Impfstoffe nur dem Schutz der geimpften Person und nicht dem Fremdschutz dienen, im Hinblick auf ihre Haltung zur COVID-19-Impfung?	4
5.2	Wie reagiert die Staatsregierung auf Berichte über zahlreiche Nebenwirkungen im Zusammenhang mit der Impfung?	4
5.3	Welche Schritte unternimmt die Staatsregierung, um die Risiken von Impfungen transparent und umfassend zu kommunizieren?	4
	Hinweise des Landtagsamts	5

Antwort

des Staatsministeriums für Digitales
vom 05.08.2025

- 1.1 Wie bewertet die Staatsregierung bzw. der Staatsminister für Digitales Dr. Fabian Mehring die Tatsache, dass die Laborthese zu COVID-19 mittlerweile vom Bundesnachrichtendienst (BND) bestätigt wurde, angesichts ihrer eigenen Haltung zur Herkunft des Virus?
- 1.2 Welche Maßnahmen zieht die Staatsregierung daraus für die zukünftige Beurteilung sogenannter „Desinformationen“ und „Verschwörungstheorien“?
- 1.3 Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass künftige Warnungen vor „Desinformationen“ nicht auf falschen oder unvollständigen Informationen beruhen?
- 2.1 Wie bewertet die Staatsregierung die Aussage des Bundesministeriums für Gesundheit vom 14.03.2020, es werde keine „massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens“ geben, angesichts des tatsächlichen Verlaufs insbesondere ihrer eigenen Politik im Umgang mit COVID-19?
- 2.2 Inwiefern sieht die Staatsregierung Fehler oder Fehleinschätzungen in der damaligen Kommunikation gegenüber der Bevölkerung?
- 2.3 Welche Lehren zieht die Staatsregierung daraus für künftige Krisenkommunikation?
- 3.1 Wie erklärt die Staatsregierung die öffentliche Zusicherung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor dem 23.02.2025, keine Lockerung der Schuldenbremse zu unterstützen, im Widerspruch zu späteren Maßnahmen?
- 3.2 Welche Auswirkungen hat diese Zusicherung auf das Vertrauen der Bürger in die Staatsregierung?
- 3.3 Wie plant die Staatsregierung, das Vertrauen der Bevölkerung in wirtschaftspolitische Aussagen wiederherzustellen?
- 4.1 Warum hat das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie am 27.02.2021 schriftlich und öffentlich erklärt, dass kein allgemeines Rückmeldeverfahren zu den Coronasoforthilfen durchgeführt werde?

-
- 4.2 Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus der späteren Notwendigkeit eines solchen Rückmeldeverfahrens?**
- 4.3 Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass solche Aussagen in Zukunft überprüfbar und verbindlich sind?**
- 5.1 Wie bewertet die Staatsregierung die Bestätigung der Europäischen Arzneimittel-Agentur vom 18.10.2023, dass die COVID-19-Impfstoffe nur dem Schutz der geimpften Person und nicht dem Fremdschutz dienen, im Hinblick auf ihre Haltung zur COVID-19-Impfung?**
- 5.2 Wie reagiert die Staatsregierung auf Berichte über zahlreiche Nebenwirkungen im Zusammenhang mit der Impfung?**
- 5.3 Welche Schritte unternimmt die Staatsregierung, um die Risiken von Impfungen transparent und umfassend zu kommunizieren?**

Fragen 1.1 bis 5.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Rahmen der Bayern-Allianz gegen Desinformation wird von staatlicher Seite keine Einstufung von Inhalten als Desinformation vorgenommen. Im Mittelpunkt stehen die Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema „Desinformation“. Es wird auf die detaillierten Antworten zu diesem Thema und zur Definition von Desinformation in der Antwort zur Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Rene Dierkes (AfD), Drs. 19/2099, verwiesen.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.